

# Zeno-Zeitung

Rheder Volkszeitung  
Generalanzeiger für Bocholt  
Inholter und Iffelburger Zeitung.

65. Jahrgang  
Postverlagsort: Bocholt.  
Postverandort: Dortmund.

**Volksblatt**  
für Bocholt und den Kreis Borken

Bezugspreis: Abbestellung von der Geschäftsstelle 45 Pfg. wöchentlich. Durch Boten gebracht 2,20 Pfg. monatlich, einschließlich 0,25 Pfg. Botenlohn. Durch die Post 2,20 Pfg. einschließlich 0,38 Pfg. Postgebühren, auswärts 0,42 Pfg. Botenlohn. — Anzeigen-Sammelpreis für sämtliche Zeno-Zeitungen 0,10 Pfg. bei 22 Millimeter Breite. Anzeigen im Textteil (81 Millimeter Breite) 0,80 Pfg. je Millimeter. Hauptgeschäftsstelle Bocholt: Realshulstraße 14, Fernsprecher 3247. Annahmestelle für Anzeigen und Ausgabe von Zeitungen: Bocholt, Dinzperloer Straße 65 (L. Florad), Burloer Weg 2 (G. Rötten), Schwannestraße 2 (B. Unland), Sackstrasse 69 (S. Ratotte), Gneisenaustraße 35 (S. Querschlag), Potsdamstraße 8 (W. Doves).

Nummer 9

Sonntag, den 10. Januar 1937

Jahrgang 1937

## Beschleunigte Verhandlungen über die Freiwilligenfrage.

Der Nichteinmischungsausschuss zu langsam.

DNB Paris, 9. Januar.

Mehrere Pariser Blätter befaßten sich mit der Frage, was Frankreich und England jetzt in der Nichteinmischungsangelegenheit unternehmen werden.

Der „Petit Parisien“ betont unter der Überschrift „Nebenwachungsmaximum in einem Minimum von Zeit“ u. a., die französische und die englische Regierung seien sich über die Formel einig und würden jetzt die Verhandlungen mit Berlin, Rom und Moskau beschleunigen. Die Arbeitsweise des Londoner Nichteinmischungsausschusses habe sich als zu langsam erwiesen. Daher würden jetzt unmittelbare Verhandlungen mit den interessierten Regierungen angebahnt. Ueber die angeführte Beschleunigungsformel seien sich auch die Mitglieder der Regierung Blum einig. Französische Seite sei bereits eine ganze Reihe von Maßnahmen ausgearbeitet worden, die sofort in Kraft treten könnten, wenn die anderen Länder ihre Haltung klar dargelegt hätten.

Auch das „Petit Journal“ hebt die Beschleunigung hervor, mit der die französische Regierung jetzt alle Maßnahmen vorbereiten wolle, um die Freiwilligenfrage als Ganzes zu regeln. Wenn es notwendig wäre, könnte Frankreich bereits am kommenden Dienstag dem Parlament die entsprechenden Entwürfe zur Annahme vorlegen.

Der „Sour“ erklärt, daß die Haltung der französischen Regierung noch ziemlich unklar erscheine. Eine amtliche Persönlichkeiten, die mit Valencia sympathisierten, seien durch die deutsche und die italienische Antwort in Verlegenheit gebracht worden. Sie gäben daher zu verstehen, daß der Vorschlag, sämtliche ausländischen Elemente aus Spanien zu entfernen, unüberführbar seien. Wenn sich aber die französische Regierung weigere, Maßnahmen zu ergreifen, die den Not in Valencia unüberwindlich seien, dann könnte man hier mit Recht den Vorwurf machen, ein doppeltes Spiel zu treiben.

### Eine Sechs-Mächte-Konferenz?

DNB London, 9. Januar.

Die englischen Morgenblätter beschäftigen sich auch weiterhin in erster Linie mit der deutschen und der italienischen Antwort.

Der diplomatische Korrespondent der „Times“ sagt, die Antworten Deutschlands und Italiens seien nicht negativ. Auf der Grundlage dieser Antworten könnten die Bemühungen zur Abstellung fremder Einmischung in Spanien selbstverständlich fortgesetzt werden, vielleicht auf diplomatischem Wege, da dieser der schnellste sei. In einem Leitartikel beurteilt das führende englische Blatt die beiden Antworten gleichfalls durchaus positiv und sagt bei einigen Vorbehalten, es sei wichtig, sich auf die entscheidende Tatsache zu konzentrieren, daß beide Regierungen unter gewissen Bedingungen bereit seien, an einem Abkommen mitzuwirken, durch das die Annäherung und Entfremdung von Freiwilligen verhindert werde. Die Bedingungen der beiden Staaten bereiteten keine unüberwindlichen Schwierigkeiten. Daher sollte ohne Verzug ein Kontrollschema

für alle Zugangspunkte zum spanischen Gebiet ausgearbeitet werden.

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ hält es für möglich, daß auf Grund der gestrigen Kabinettsbesprechungen England eine Sechsmächte-Konferenz vorschlagen könnte, um möglichst schnell die Gefahren der Einmischung abzuwenden. Auf der Kabinettsitzung sei in erster Linie die dringende Notwendigkeit einer raschen Aktion erörtert worden. Jeder Plan, der auf dieser Konferenz ausgearbeitet und angenommen würde, werde dann auch ohne weiteres die Zustimmung des Nichteinmischungsausschusses finden.

Der diplomatische Korrespondent der „Morning Post“ schreibt, nach britischer Ansicht stelle der diplomatische Weg im Augenblick die beste Methode zur Abstellung der Einmischung in Spanien dar. Das Verfahren des Nichteinmischungsausschusses habe sich als zu langsam erwiesen, weil die einzelnen Vertreter sich immer erst mit Rückfragen an ihre Regierungen wenden müßten. Es sei jedoch unwahrscheinlich, daß noch vor Ende des Monats irgend eine Aktion erfolgen werde. Da Deutschland und Italien in ihren Notizen zugestimmt hätten, die Unterstützung durch Freiwillige abstellen zu helfen, werde die britische Regierung jetzt daran gehen, praktische Maßnahmen vorzuschlagen.

### „Einmischung unerlässlich!“

Der Standpunkt Moskaus.

DNB London, 9. Januar.

Ein Bericht des Korrespondenten der „Morning Post“ aus Moskau zeigt deutlich, wie wenig Moskau sich an die Nichteinmischungsbedingungen zu halten beabsichtigt, und daß es alles tun wird, um die Bolschewisierung Spaniens auch weiter zu fördern. Moskau lehne, so heißt es in dem Bericht, die Antworten Deutschlands und Italiens auf den englisch-französischen Schritt in der Freiwilligen-Frage scharf ab und begründe diese Haltung damit, daß britische, französische und sowjetische „Freiwillige“ sowie Kriegsgerät „für die Aufrechterhaltung der Demokratie in Spanien unerlässlich“ seien. In Moskau werde schon jetzt allgemein erklärt, daß die Sowjetregierung ohne Rück-



Lord Rothermere beim Führer.

Der Führer und Reichskanzler empfing in seinem Haus auf dem Obersalzberg den bekannten englischen Zeitungsverleger und Politiker Lord Rothermere. (Presse-Illustrationen-Hoffmann-M.)

## Frankreichs Imperium.

### Beschleunigter Ausbau des Kolonialverbundes.

Nach der Verleumdung des „Römischen Imperiums“ durch Mussolini hat sich nun auch in Frankreich der Begriff des „Französischen Imperiums“ schnell eingebürgert und wird entsprechend der großen wirtschaftlichen und politischen Bedeutung der französischen überseeischen Besitzungen heute in Presse und Literatur angewendet. Die weltpolitische Lage zwingt nach französischem Urteil dazu, in steigendem Maße die schon bestehenden Verbindungen des Imperiums zu Wasser, zu Lande und in der Luft auszubauen und zu vermehren, um die machtpolitischen, wirtschaftlichen und militärischen Ziele Frankreichs verwirklichen zu können.

Allen der afrikanische Besitz Frankreichs ohne Madagaskar umfaßt ein Gebiet, das sechzehnmal größer ist als das Mutterland, und hier wird vor allem der Gebel angelegt, um diese Länder nach jeder Richtung hin zu erschließen. Im Vordergrund steht der Plan, in Nordafrika eine Eisenbahn zu bauen, die die Verbindung mit Frankreich über die Sahara herstellt. Nachdem der Weltkrieg noch einmal die Bedeutung gerade des nordafrikanischen Besitzes und damit die der Saharabahn erbracht hatte, scheint sich jetzt ein endgültiger Entschluß über den Bau und die Linienführung herauszubilden. Bei den sparsamen Franzosen hat naturgemäß die wirtschaftliche Seite der Transsahara-Bahn eine besondere Bedeutung. Man plant im Zuge großangelegter Regulierungen und Bewässerungsanlagen einen großen Teil des südlich der Sahara gelegenen Nigergebietes unter Ausnutzung der Saharaabahn für die Baumwollkultur zu erschließen. Nachdem die künftliche Verlesung von 6000 Sektar günstige Ergebnisse gezeitigt hat, sollen im Laufe der nächsten zehn Jahre 800000 Sektar für die Baumwollkultur gewonnen werden. Unter Berücksichtigung einer Landmenge von 1,5 Millionen Sektar, die für die Baumwolle kultiviert werden kann, ist damit für Frankreich, das einen Baumwollverbrauch von jährlich 350 000 Tonnen hat, in einer nicht zu fernem Zukunft die Möglichkeit gegeben, hinsichtlich der Baumwolle sich zum Selbstversorger zu entwickeln. Mehrere Milliarden Francs brauchen dann jährlich nicht mehr für Einkäufe in Ägypten und Nordamerika ausgegeben zu werden. Es scheint jetzt festzustehen, daß unter Ausnutzung der schon bestehenden von Oran (Algerien) nach Süden führenden Eisenbahnlinie, die Bahn ohne Errichtung von Kunstbauten in gerader Linie nach Gao in Niger (300 km östl. Timbuktu) geführt werden soll, um von dort durch Abzweigungen nach Osten und Westen das ganze große Französisch-Westafrika mit Nordafrika zu verbinden.

Da es sich um den Bau einer Normalspurbahn handelt, muß auch der Umbau der Linien Dakar-Niger, der Guinea- und Dahome-Bahn, sowie der Eisenbahn der Eisenbahn, die sämtlich Schmalspurbahnen mit geringer Leistungsfähigkeit sind, ins Auge gefaßt werden. Die Strecke Oran-Gao soll von Mo-

## Bemühungen um Lösung der Sandtschak-Frage.

Die Türkei macht auf Ersuchen Frankreichs Vorschläge.

DNB Ankara, 9. Januar.

Wie die Anatolische Telegraphenagentur zu der Unterredung des Unterstaatssekretärs im französischen Außenministerium in Wien mit dem türkischen Botschafter in Paris ergänzend berichtet, ist die Türkei von Frankreich ersucht worden, die türkischen

Vorschläge in der Alexandrette-Frage in ausführlicher Form darzulegen. Man wolle dann nach einer Lösung suchen, die beide Parteien zufriedenstelle. Die türkischen Vorschläge werden, wie die Anatolische Telegraphenagentur hinzusetzt, Paris sofort übermittelt werden.

### England gegen ein unabhängiges Alexandrette.

London, 9. Januar.

Zu dem zwischen Frankreich und der Türkei wegen Alexandrette ausgebrochenen Streit schreibt der diplomatische Korrespondent, daß die Angelegenheit in London aufmerksamer verfolgt werde. Berichte, daß die Türkei beabsichtige, den Streit auf die Spitze zu treiben, indem sie den Völkerbund verlasse oder militärisch an der Grenze von Alexandrette eingreife, würden jedoch mit Zweifel aufgenommen. Falls die Türkei einen Handreich an der Grenze von Alexandrette versuchen sollte, eine Möglichkeit, an der man in London stark zweifle, werde die gegenwärtige englisch-französische Solidarität aufrechterhalten werden. Eine vernünftige Regelung der Angelegenheit vor dem Völkerbund würde in London willkommen geheißen werden, jedoch sei hierbei ein unabhängiges Alexandrette ausgeschlossen, noch komme eine Abänderung des Lausanne-Vertrages in Frage, weil diese den gesamten Status quo im Mittelmeer umwerfen würde. Es scheint äußerst zweifelhaft, daß die Türkei überhaupt einen rechtlichen Grund für das Verlangen auf Abtrennung Alexandrettes von Syrien habe, obwohl niemand bestreite, daß die türkische Bevölkerung des Sandtschak auf Grund des Abkommens von 1921 zwischen der Türkei und Frankreich das Recht auf volle Sicherheit habe. Die Möglichkeit, daß Großbritannien in Zukunft ein gutes Verhältnis zu beiden Ländern dazu benutzen werde, um eine freundschaftliche Lösung zu fördern, sei nicht ganz von der Hand zu weisen. Wenn die Besprechungen vor dem Völkerbund vertagt würden und so Gelegenheit zu Verhandlungen zwischen den beteiligten Parteien gegeben würde, glaube man, daß sich möglicherweise eine für beide Parteien annehmbare Lösung finden lasse. Es sei nicht zu vergessen, daß Alexandrette im Kriegsfall nicht ohne strategischen Wert für Frankreich sei.



Das holländische Brautpaar nach der Trauung.

(Associated-Press-M.)

Die Welt ist  
so schön